Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechender Vorerhebung.
Annahme von Ankündigungen: Morgens 10 p. Vorm. 8—9 Uhr Morgens, Sonntags v. Vorm. 11—1 Uhr Mittags. In Neustadt: (Nr. 8 Königstr.) 5 mal in Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1 spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Einges.) 3 Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Anfindigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Für Inserate empfehlender Schreiben keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Hustenmittel mit und ohne Zucker:
Malzextrakt-Bonbons, echte: bekömmlich, wohlschmeckend, zuverlässig. Pckg.: 20, 25, 40 Pf. **Röst-Malzin,** Kugeln aus Malzextrakt-Schaum, zuckerfrei; unter Wärme, daher energisch schleimlös. Dos. 30 Pf. (Patentgl. zu 1½ L. M. 2.50) i. d. Apoth. — J. Paul Liebe, Dresden.

Grösstes **Schuhlager** Dresdens
Französische No. 1100.
Aus deutschem Stoffe.
Sächs. Schuhmacherei **Voigt**
An der Kreuzkirche 1b
(2. Haus vom Altmarkt)
und **Hauptstrasse 28.**

Von Wagen-, Billard-, Uniform-, Livrée-, Besatz- und Mützen-Tuchen
in allen echten Farben hält grösstes Lager
Wilh. Böhme, Tuchhandlung,
6 Scheffelstrasse 6.

Tapeten — Tapeten
Versandt Geschäft: Marschall Str. 29.
F. Schade & Co.
Haupt Geschäft: Victoria & Waisenhaus-Str. Ecke.

Mineralwässer,
garantirt 1893er Füllung zu Original-Preisen.
Prompte Zusendung in's Haus und nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden.
Georgenthor.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1—3.
Fernsprechstelle 1606.

Nr. 104. Spiegel: Wuchergesetzvorlage, Hofnachrichten, Königin Carola in Freiberg, Frauenarbeit in Druckereien, Zeitungsverkauf am Sonntag, Hauptgeschworene, Verein „Volkswohl", Gerichtsverhandlungen, „Ihr Corporal", Kunstvereinsausstellung. **Freitag, 14. April.**

Politisches.

Es ist eine erfreuliche Erscheinung, daß der Reichstag sich alsbald nach seinem Zusammentreten mit einer der wichtigsten sozialen Fragen, der Beschränkung des Wuchers, befassen soll. Die fürchterlichen Erscheinungen, die infolge der bisher bestehenden, durch gesetzliche Bestimmungen nur ganz unzureichend gehemmten Wucherfreiheit in fast allen Theilen unseres Vaterlandes zu Tage treten, die Knebelung von zahlreichen Beamten, die Vernichtung kleingewerblicher und kleinbäuerlicher Existenzen, sollen mit kräftiger Hand ausgerottet werden. Die Regierungsvorlage hat bereits in der Kommission eine eingehende Berathung gefunden, an einzelnen Stellen sind noch Verschärfungen an der ursprünglichen Form vorgenommen worden, im Allgemeinen hat man sich, trotz des Widerspruchs der Liberalen, mit den Grundzügen einverstanden erklärt. Aus welchem Grunde speziell der Freisinn sich gegen wirksame Maßregeln in dieser Hinsicht sperrt, das ergiebt wohl am einfachsten die Feststellung der Kriminalstatistik, wonach in den Jahren 1882 bis 1889 auf 100,000 Personen der strafmündigen Civilbevölkerung Deutschlands je 1,1 Deutsche und 20,8 Juden entfallen. Und hierbei war noch in Betracht zu ziehen, daß nach unseren bisherigen mehr als lückenhaften Bestimmungen mehr als die doppelte Anzahl orientalischer Männer — 44,4 — unter Anklage gestellt wurden, aber nicht zur Abstrafung gelangen konnten, daß andererseits die weitaus größte Zahl von Fällen gar nicht vor das Gericht gelangte.

Man darf allerdings auch jetzt, so frohen Herzens man das neue Wuchergesetz begrüßen muß, sich nicht etwa der Erwartung hingeben, daß damit nun gleich das ganze schändliche Gewerbe der Halsabschneider beseitigt werden wird. Dasselbe wird fortbestehen, wenn es auch genöthigt sein wird, sich noch tiefer in das Dunkel der Nacht zurückzuziehen. Der Hauptgedanke des neuen Gesetzes besteht darin, daß fortan neben dem Kreditwucher auch der Sachwucher, namentlich der Land- und Viehwucher getroffen werden soll. Die Strafbestimmungen werden also sich nicht auf Darlehnsgeschäfte beschränken, sondern sich auf alle Rechtsgeschäfte ausdehnen, bei denen die Vermögensvortheile in auffälligem Mißverhältniß zur Leistung stehen. Der Börsenwucher wird allerdings hierbei schwerlich getroffen werden, aber hoffentlich gelingt es endlich einmal, dem schauderhaften Hypothekenwucher an den Leib zu kommen, der namentlich in unseren aufblühenden Großstädten bei ihrer flotten und oft leichtsinnigen Bauluft höchst übelduftende Blüthen treibt. Im Verhältniß zu der Gesammtheit des Wuchers repräsentirt das neugeplante Gesetz nur eine starke Abschlagszahlung.

Die Grundlage für das jetzige Wuchergesetz wurde nach einem historischen Rückblick der „Germ." geschaffen durch den Verein gegen Wucher im Saargebiet, der schon vor fünf Jahren die Forderung stellte, die strafrechtlichen Bestimmungen auf alle belastenden Verträge auszudehnen, den gewerbsmäßigen Handel mit ländlichen Grundstücken einzuschränken und die bei öffentlichen Immobiliarverkäufen vielfach übliche Verabreichung von geistigen Getränken zu verbieten. Die betreffende Petition und das ihr beigefügte Material wurden dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Dieses Material enthielt außer einer genauen Darlegung der Verhältnisse im Saargebiete einen Bericht über einen in Trier vor der Strafkammer verhandelten Prozeß gegen Kain Kaufmann, Handelsmann aus Merzig, dessen schauderhafte Manipulationen bei der bisherigen Gestaltung unserer Wucherbestimmungen nicht gefaßt werden konnten. Der Direktor des Trierer Gerichtes, Barre, der infolge seiner amtlichen Stellung die Verhältnisse genau kennt, hat, durch seine Erfahrungen angeregt, ein Buch erscheinen lassen „Der ländliche Wucher", in dem er vor Allem fordert, es müsse die Knechtschaft beseitigt werden, in welche der Bauer gerath, sobald er nur einmal Geschäfte mit einem Handelsmann angefangen hat. Diese Knechtschaft werde begründet und aufrecht erhalten durch die Heimlichkeit, mit der der Handelsmann seine geschäftlichen Beziehungen zum Bauern hält und durch die Unklarheit, Unordnung und Ungewißheit, in welcher der Bauer über die einzelnen Posten seiner Verschuldung und die Höhe derselben gehalten wird. Man wird nicht irren, wenn man die jetzt in die Vorlage aufgenommene Bestimmung der Kommission, wonach die Geld- und Kreditgeschäfte gewerbsmäßig betreibenden Personen zur alljährlichen Rechnungslegung verpflichtet werden, auf die Anregung Barre's zurückführt. Es ist nicht ohne Interesse, das Buch des Trierer Juristen genauer zu studiren; beweist es doch, daß die Scheußlichkeit des Wuchers keineswegs eine Ausgeburt antisemitischer Phantasieen ist. Erschütternd ist die Beschreibung der ländlichen Knechtschaft: „Der Händler treibt durch fortgesetzte kleine Darlehen mit wucherischen Zinsen die Gesammtschuld des Bauern in die Höhe, um dessen ganze Existenz in seine Hände zu bekommen und bei der schließlichen Versteigerung von Haus und Hof sein Hauptgeschäft zu machen." Barre führt zwar auch einige christliche Wucherer an, aber er stellt als Thatsache fest, daß „das Viehgeschäft, bei dem die Formen der Uebervortheilung so mannichfaltig sind, als es offene und versteckte Fehler bei den Thieren giebt, wie in den meisten Gegenden Deutschlands, so auch in der Rheinprovinz fast ausschließlich in den Händen des jüdischen Geschäftsmannes liegt" und daß gerade hierbei und im Anschlusse hieran die meisten Fälle von Wucher vorkommen. In dem Verfahren gegen Kain Kaufmann stellte sich nach der Darlegung des Trierer Landgerichtsdirektors heraus, daß der Mann, der durch seine Geldgeschäfte in kurzer Zeit ein Vermögen von wenigstens 900,000 Mk. erwerben hatte, dessen Geschäftsumfang und Umschlag über den manches Großindustriellen hinausging, den an einzelnen Sonntagen Hunderte von Leuten besuchten, um abzurechnen und Theilzahlungen zu leisten, daß dieser sehr gewandte und gewiegte Geschäftsmann keine Bücher führte und gesetzlich nicht zur Buchführung verpflichtet war. Kain Kaufmann wurde zu allgemeinem Entsetzen freigesprochen! Ein moralisch so verwerfliches Geschäft blieb juristisch straflos! Liegt da nicht die Vermuthung sehr nahe, daß all die Opfer eines solchen Mannes, so weit sie nicht zur Auswanderung gezwungen sind, sich der Sozialdemokratie in die Arme stürzen? Um so dringender muß man den Wunsch hegen, daß auf den sozial heilsamen Bahnen, wie sie jetzt mit dem Wuchergesetz betreten werden, energisch weitergeschritten wird.

Die Debatten im Reichstage werden voraussichtlich eine recht erhebliche Ausdehnung gewinnen. Stehen doch in einer Frage, wie sie hier angeregt ist, sich zwei Weltanschauungen diametral gegenüber. Hier steht die Weltanschauung des freisinnigen Liberalismus, welcher erklärt, daß der Schwache naturgemäß die Beute des Starken sein muß und daß der Staat dem Prozesse, wie der Starke den Schwachen quält und schließlich verzehrt, mit verschränkten Armen zuschauen solle. Der Schwache brauche sich ja nicht in das Bereich des Starken begeben — volenti non fit injuria. Dort steht die deutsche Weltanschauung, die in mächtigen Kämpfen jetzt nach dem Siege ringt, jene Anschauung, die den Schwachen schützt, wo immer er in Gefahr ist, die sich nicht mit dem frivolen Troste begnügt: Warum geht der Bauer zum Wucherer, der ihm in Geschäftskenntniß überlegen ist? Geht er hin, so mag er auch büßen. Ob jetzt die Vorlage zur Annahme gelangt? Man darf es hoffen. Konservative, Antisemiten und Centrum werden geschlossen für den Entwurf stimmen. Man darf wohl annehmen, daß die Reichspartei sich auf den gleichen Boden stellt und daß auch zahlreiche Nationalliberale schon aus Liebe zu ihren Mandaten für ein Gesetz eintreten werden, das zwar mit ihren „Prinzipien" und „Idealen" nicht völlig harmonirt, das aber mit gutem Rechte populärer ist, als alle bisherigen Schöpfungen des neuen Kurses. Das Material, das bei einer Besprechung des Wuchers zu bewältigen wäre, ist ungeheuer groß, es läßt sich in ganzen Bänden nicht erschöpfen. Fast Jeder, der nicht in einer goldenen Wiege geboren wurde, kann ein Lied davon singen. Möge es endlich einmal gelingen, das Uebel an der Wurzel zu fassen; aber möge man sich auch im Reichstage hüten, durch Entgegenkommen gegen die liberalen Bedenken den Wein der Vorlage zu verwässern oder das Pferd, wie es manchmal geschieht, von hinten aufzuzäumen! Li—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13 April.

Berlin. Reichstag. Das Haus ist schwach besetzt. Die Erwartung, daß die Ahlwardt Affaire heute ihren Fortgang finden werde, erfüllt sich nicht. Ahlwardt ist nicht anwesend. Abgeordneter Menger begründet seine Interpellation über den Rückgang des Tabakbaues und gesetzgeberischer Maßnahmen dagegen. Währenddem tritt Abg. Ahlwardt in das Haus ein und läßt von einem Saaldiener einen großen Posten von Aktenstücken niederlegen. — Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn: Die Thatsache, daß der Tabakbau im vorigen Jahre stark zurückgegangen sei, müsse er anerkennen; die angebaute Fläche sei auf 40,000 Hektar herabgegangen, während sie in den ungünstigsten Jahren 1879/80 und 1889/90 sich immer über 70,000 Hektar hielt. Die Ursache dieses Rückganges sei in den allgemeinen Verhältnissen des Marktes und in der wirthschaftlichen Lage überhaupt, nicht in der Gesetzgebung zu suchen. Die Leute hätten nicht mehr die Lust, mit Behagen ihre Pfeife zu rauchen; dazu komme, daß der Sumatra-Tabak in seiner neuen Verwendung dem Pfälzer Tabak konkurrenz mache. Nach Meinung der Finanzverwaltung erscheine der jetzige Moment nicht geeignet, den verbündeten Regierungen gesetzgeberische Maßnahmen im Sinne der Interpellation vorzuschlagen. Daraus sei aber nicht auf eine Unterschätzung der Interessen des deutschen Tabakbaues zu schließen. Es könne indeß nicht übersehen werden, daß bei einer Neuregelung der Tabaksteuerung einander widersprechende Interessen bestehen; die der Tabakbauer seien andere wie die der Consumenten und die der Importeure. Die Regierung sei dem Tabakbaue weit entgegen gekommen, da der Tabak zu den Kosten, welche die Militärvorlage erfordert, mit keinem Groschen herangezogen werden solle. Werde zu einer Neuregelung geschritten, so werde das Interesse des Tabakbaues nicht allein in Betracht kommen, sondern auch Finanzinteressen des Reiches. — Abg. Graf Loë (Centr.) befürwortet eine mäßige Herabsetzung der Tabaksteuer, wodurch dem Reiche nur ein geringes Opfer auferlegt würde. — Abg. Dr. Bürklin (nat.-lib.): Die Tabaksbauern gaben sich die größte Mühe; wenn aber trotzdem der Tabaksbau infolge des Mißverhältnisses zwischen Steuer und Zoll stetig und unaufhaltsam zurückgehe, so müsse das in den betroffenen Kreisen Mißstimmung hervorrufen. Das Verhältniß zwischen Steuer und Zoll müsse eventuell unter Erhöhung des letzteren geändert werden, sonst werde das ganze Gesetz für schlecht befunden. Mit einer solchen Aenderung würde man ein starkes Maß von Unzufriedenheit beseitigen. — Abg. Dr. Barth (freis.) unterstützt den Wunsch nach Aenderung der Controlbestimmungen, widerspricht auch nicht einer Herabsetzung der Tabaksteuer, aber auf letztere werde die Regierung nicht eingehen; es bleibe sonach von den gemachten Vorschlägen nur noch der einer Erhöhung des Tabakzolles, aber auch die Zollerhöhung werde dem inländischen Tabaksbau keinen Nutzen bringen; wer an den Consum ausländischen Tabaks gewöhnt sei, werde sich auch durch eine Zollerhöhung zum Consum von inländischem Tabak nicht zwingen lassen, er werde seinen Consum eher einschränken. Bessere Preise werden für deutschen Tabak nur erzielt werden, wenn es den deutschen Tabakbauern gelinge, die Qualität zu verbessern. In dieser Richtung könne noch sehr viel geschehen, darauf sollte man die jetzt anderweitig engagirte Agitation concentriren. In Speyer hätten die Tabakbauern mit Uebertritt in das sozialdemokratische Lager gedroht, wenn ihren Wünschen seitens der Reichsregierung nicht entsprochen werde. Man könne der Regierung nur dankbar sein, wenn sie sich den Anforderungen auf Begünstigung einzelner Berufszweige gegenüber ablehnend verhalte. — Abg. v. Winterfeld (kons.) steht auf dem Standpunkte Bürklin's. Dr. Barth rauche nicht, schnupfe nicht und baue auch keinen Tabak und seine Ausführungen bewiesen, daß er von dem Tabakbau Nichts verstehe, das gelte namentlich von dem, was er über Verbesserung der Qualität gesagt habe. — Abg. Mollenbuhr (Soz.): Wolle man den Abbau inländischer Tabake vermehren, so muß man die Konsumtionsfähigkeit der unteren Schichten erhöhen. — Abgg. Klemm und Grelle (nat.-lib.) sprechen zu Gunsten des Tabakbaues, worauf die Debatte geschlossen wird. — Morgen: Novelle zum Wuchergesetz. Vorlage betr. Verrath militärischer Geheimnisse.

Berlin. Der Kaiser fuhr heute Vormittag beim Reichskanzler vor und nahm den Vortrag desselben entgegen. — Gestern nahm das Kaiserpaar das Diner beim russischen Botschafter ein. Während der Kaiser kurz vor 10 Uhr in das Schloß zurückkehrte, blieb die Kaiserin bis gegen Mitternacht. — Heute Abend dinirt das Kaiserpaar beim österreichischen Botschafter. — Bei der heutigen Trauerfeier für Prof. Carl Werder legte der Kaiser persönlich einen prächtigen Kranz am Katafalk nieder; auch mehrere andere Fürstlichkeiten wohnten der Feier persönlich bei. Zu derselben waren außerdem erschienen: Generalintendant Graf Hochberg, zahlreiche Gelehrte, Bühnenleiter, Künstler und Schriftsteller. — Abg. Ahlwardt erschien heute mit einem vielbesprochenen Aktenstoß im Reichstag; er wollte das Wort nehmen, welches ihm der Präsident mit Rücksicht auf die Geschäftsordnung nicht ertheilen konnte. Dagegen erklärte sich der Präsident bereit, die Akten an den Senioren-Convent zu überweisen. Ahlwardt lehnte das ab mit der Motivirung, daß in dem Senioren-Convent manche Leute säßen, die er angreifen müsse; er wünsche Einsetzung einer besonderen Commission, in der auch seine Freunde vertreten sein könnten; dieser wollte er die Aktenstücke überliefern. Schließlich vereinbarten der Präsident und Ahlwardt, daß Letzterer vor Eintritt in die morgende Sitzung eine kurze Erklärung abgäbe.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm in zweiter Lesung unter Ablehnung der nationalliberalen Abänderungsanträge den ersten Theil des Gesetzentwurfs an, wonach die staatliche Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer den Communen überlassen werden soll. — Auf die Reichsanleihe wurden 671 Millionen Mark, oder nahezu das 4½fache, auf die preußischen Consols 573 Millionen Mark, oder beinahe das 4fache des zur Subskription gestellten Betrages gezeichnet. Die Reichsanleihe begegnete im Süden Deutschlands einer besonders günstigen Aufnahme; beträchtlich sind die gezeichneten Summen namentlich in Nürnberg, Stuttgart und Frankfurt a. M., auch Hamburg stellt ein ansehnliches Contingent. Die Hälfte des subscribirten Betrages entfällt aber auf Berlin. Von der preußischen Anleihe wurden mehr als zwei Drittel, rund 300 Mill. in Berlin gezeichnet. Die Zutheilung wird in derselben Weise wie bei der Emission im vorigen Jahre erfolgen, vielleicht wird aber das Minimum der Zutheilung auf 5000 Mk herabgesetzt werden. Jedenfalls wird man bei der Zutheilung alle spekulativen Zeichnungen, soweit sie erkennbar sind, ausscheiden. Die Zeichnung von Versicherungsgesellschaften und Sparkassen werden thunlichst voll berücksichtigt. — Im Etatsjahre 1891/92 betrug die Wechselstempelsteuereinnahme im Deutschen Reiche 7950,000 Mk., 300,000 Mark weniger als 1890/91. Der Oberpostdirektionsbezirk Dresden hatte eine Mehreinnahme von über 8000 Mk., der Leipziger Bezirk eine Mindereinnahme von 30,000 Mk.

Berlin. Das Generalkommando des Gardekorps soll dem Vernehmen nach an den Prinzen Friedrich von Hohenzollern übergehen. — Die nationale Studentenfahrt der deutschen Jugend zur Weltausstellung nach Chicago ist gesichert; der Veranstalter derselben, Turnlehrer Eisner in Köln, ist kürzlich in dieser Angelegenheit vom Kultusminister Dr. Bosse empfangen worden und hat die weitgehendste Förderung seiner Ideen erfahren. Gebildete Söhne des deutschen Mittelstandes aus allen Branchen und wissenschaftlichen Berufsarten, sowie selbstständige Gewerbetreibende, Kaufleute, Beamte, Lehrer u. s. w. sollen zur Betheiligung zugelassen werden. Die ganze Reise, für die bereits ermäßigte Dampferpreise gewährt sind, soll für anspruchslose Theilnehmer Alles in Allem 1000 Mk. kosten; für unbemittelte junge Leute soll nach Möglichkeit ganze oder halbe Freifahrt eingerichtet werden.

Frankfurt a. M. Auf Befehl des Kaisers begiebt sich eine Abordnung des hessischen Husarenregiments Nr. 113 zur Silberhochzeit des Königs von Italien, des Regimentschefs, nach Rom.

Wien. Stambulow rühmte den Fürsten Ferdinand außerordentlich, der sich in den Herzen der Bulgaren eingebürgert habe. Im Innern Bulgariens herrsche volle Ruhe, das Verhältniß zu den Mächten sei besser geworden. Wir haben, setzte er, gute Beziehungen zu Oesterreich, Italien, England und Deutschland; zur Pforte standen wir nie so gut wie jetzt. Und da sollten unsere Gegner mächtig genug sein, unsere Freiheit, unser Selbstbestimmungsrecht zu zerstören?

Prag. In Kolin finden seit vorgestern Ausschreitungen der Bevölkerung gegen die Juden statt infolge von Gerüchten von einem Ritualmord, veranlaßt durch den kürzlichen Selbstmord einer Frauensperson, deren Leiche aus der Elbe gezogen wurde. Die Gendarmerie und die Polizei schützen energisch die Juden. Wie es heißt, ist Militär zur Unterstützung herbeigerufen worden. — Dem Landtage ging eine Regierungsvorlage zu betr. die Ausscheidung des Gerichtsbezirkes Laun aus dem Brüxer Gerichtsbezirke, der Ortschaften Litschowitz und Raudnitz aus dem Leitmeritzer Gerichtssprengel, sowie die Errichtung eines Kreisgerichtes in Schlan.

Paris. In der Schwurgerichtsverhandlung wegen der Explosion im Restaurant Very ist heute das Zeugenverhör ohne Zwischenfall zu Ende geführt worden. — Der Cassationshof hat die Appellation von Charles Lesseps gegen das Urtheil des Schwurgerichts, das ihn der Beamtenbestechung für schuldig erklärte, verworfen.

Mentone. In Toulon erschoß sich ein Rentier, einer der reichsten Männer der Stadt, nach seiner Rückkehr von Monte Carlo. Er war ein eifriger Besucher von Monte Carlo, wo er in den letzten zwei Jahren 2 Millionen Francs verlor.

Mailand. Bei der Untersuchung in Sachen der Banca Romana wurden neue Unregelmäßigkeiten aufgedeckt. Es fanden sich über eine Million Wechsel vor, die mit dem Gelde der Bank angekauft, jedoch nicht verbucht waren, sondern im Geheim-Portefeuille des verhafteten Generaldirektors Tanlongo aufbewahrt wurden.

Brüssel. Im Becken von Lüttich ist wider Erwarten kein Streik ausgebrochen, in dem von Mons herrscht Ruhe, dagegen beginnen in Quaregnon und Frameries 15,000 Ausständige in der Nacht Excesse gegen das katholische Kasino und die Kirche. In dem Centre-Becken sind 15 Gruben im Ausstand, in Gent streiken nur einige Weber, in Verviers und Umgegend seien dagegen 65 Etablissements. In Brüssel konstatirt man eine bedeutende Ver-

Pfund's berühmte Kinder-Milch. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79. Trocken-fütterung